L-01 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.09.2019
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Leitantrag zum Thema Kinderarmut

Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug – Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar.

Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer Familie. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.

Es ist skandalös, dass allein Kinder zu bekommen in Deutschland ein Armutsrisiko darstellt. Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass damit die Schwächsten der Gesellschaft besonders unter Druck stehen, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die Senatsverwaltungen unter der rot-rot-grünen Regierung in Berlin mit der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage von armen Familien in Berlin.

Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht und sie die Armut nicht spüren. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem Weg aus der Armut ihrer Kinder scheitern sie häufig an formalen Hürden, an den Vorurteilen der Arbeitgeber*innen und auch an öffentlichen Institutionen. Die Hürden komplizierter und als stigmatisierend empfundener Antragsverfahren sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.

Auch die Unterschiede zwischen den Bezirken, Stadtteilen und sogar Nachbarkiezen sind gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lübars „nur“ jedes 16. Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller Kinder.

Auch das ist entscheidend für einen katastrophalen Armutskreislauf. In den von Armut besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die Bildungsqualität geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Dadurch sinken die Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können.

Hier setzt die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere dreier Senatsverwaltungen an. Dabei sollen Aktivitäten stärker koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger

Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.

Wir werden daher den Armutskreislauf auf allen drei Ebenen durchbrechen: Wir wollen die Kinder materiell eigenständig absichern, die institutionelle Förderung und Begleitung der Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu aufstellen.

Wege aus der Kinderarmut – die grüne Kindergrundsicherung

Arm ist zuallererst, wer kein oder zu wenig Geld hat. Daher ist Kinderarmut auch stets Familienarmut. Kinder sind jedoch keine kleinen Erwachsenen oder Anhängsel ihrer Eltern, sie sind Träger*innen eigener Rechte und haben eigene Bedarfe. Wir wollen arme Kinder eigenständig absichern, um die materielle Seite der Kinderarmut zu beheben. Dabei setzen wir auf die Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat dazu ein konkretes Konzept entwickelt, das wir auch als Berliner Bündnisgrüne unterstützen.

Denn die bestehende Familienförderung in Deutschland ist ein massiv ungerechtes Drei-Klassen-System: Wohlhabende Familien erhalten völlig unbürokratisch hohe Kinderfreibeträge, gesichert durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Familien mit kleineren und mittleren Einkommen erhalten unbürokratisch das Kindergeld, das bereits niedriger liegt als die hohen Kinderfreibeträge, von denen Wohlhabende profitieren. Beide profitieren von einer automatischen Prüfung zu ihren Gunsten durch das Finanzamt. Dagegen müssen Familien, deren Einkommen nicht für alle Familienglieder reicht oder die vollständig auf Sozialleistungen angewiesen sind, mehrfach im Jahr bei völlig unterschiedlichen Behörden Unmengen komplizierter Anträge stellen. Dabei wird das Kindergeld mit anderen Sozialleistungen verrechnet, netto also nicht gezahlt – gerade die Kinder, die Kindergeld am dringendsten brauchen, sind damit vom Bezug ausgeschlossen. Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind so kompliziert, dass die meisten Familien sie weder kennen noch beantragen. Familien, die ohnehin schon mehr Geld haben, werden so staatlich gefördert, während für die Ärmeren Hürden aufgebaut werden.

Das wollen wir ändern! Die mehrfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit der Einführung einer grünen Kindergrundsicherung lösen – wir begrüßen, dass unsere Bundestagsfraktion hierzu ein Konzept vorgelegt hat. Sie ist dynamisch an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst, wird automatisch ausgezahlt und als eigenständige Leistung nicht mehr auf das Einkommen der Eltern angerechnet. Dafür wollen wir das soziokulturelle Existenzminimum neu berechnen und an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern bemessen. Wir wollen die Hineinrechnung von Familien, die Sozialgeld bekommen, beenden. Ein Garantiebetrag für alle ersetzt Kindergeld und die Kinderfreibeträge, unabhängig vom Einkommen der Eltern, und ein GarantiePlus-Betrag für alle armen Kinder kommt dazu und fasst die Kinderregelsätze, das sich dynamisch entwickelnde soziokulturelle Existenzminimum, den Kinderzuschlag und viele Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zusammen, wobei aber individuelle Mehr- und Einmalbedarfe selbstverständlich erhalten bleiben. Weil nach unserem grünen Konzept Eltern dem automatischen Informationsabgleich der Behörden zustimmen können und dann mit einem einmaligen Antrag wie heute beim Kindergeld alle Leistungen der Kindergrundsicherung automatisch ausgezahlt werden, ist die grüne Kindergrundsicherung wesentlich unbürokratischer und für Eltern einfacher zu handhaben. Außerdem soll die Kindergrundsicherung für Kinder Alleinerziehender nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in Ein-Eltern-Familien ankommt.

Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien finanziell zu entlasten. Von kostenloser Kita- und Hortbetreuung, dem kostenlosen Schulessen oder dem kostenlosen ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber Familien, die in Armut leben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden und in verdeckter Armut leben, helfen wir hier unbürokratisch und direkt.

In Verwaltung und Arbeitswelt Hürden abbauen

Die Berliner Verwaltung war bislang nicht gerade für unbürokratische und schnelle Hilfe bekannt – Rot-Rot-Grün hat sich hier auf den Weg gemacht und wir arbeiten weiter daran, unsere Verwaltung noch fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir beispielsweise einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein besonderes Augenmerk darauf legen, die Verwaltung besonders für Familien schneller und besser zu machen. Das ist besonders wichtig für Familien, die in Armut leben, da sie dringender auf gewisse staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen unserer Forderung nach einem Familienfördergesetz, auf die wir uns auch im Koalitionsvertrag verständigt haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksämter ein Familienbüro einrichten, in dem alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können und in dem auch Sozialarbeiter*innen zur Beratung zur Verfügung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass beispielsweise für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder dieselben Unterlagen eingereicht werden müssen. Wenn es möglich gemacht wird, dass ein*e Sachbearbeiter*in für jede Familie alle notwendigen Unterlagen sammelt und anschließend mit den zuständigen Stellen weiter verarbeitet, würde das Eltern vieles enorm erleichtern. Gerade höherschwellige Zugänge, wie etwa der zum BuT, würden Familien damit erleichtert und könnten wesentlich einfacher abgerufen werden. Auch die unterschiedlichen Leistungen, die teilweise vom Jugendamt und teilweise vom Sozialamt finanziert werden, könnten hier zusammen bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. Es ist klar, dass eine Familie im Transferleistungsbezug weder den Musikschulunterricht noch die Klassenfahrt zahlen kann – jeder neue Antrag ist hier eine unnötige Hürde.

Eine entsprechende Umstellung der Verwaltung kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Für uns ist die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg. Wir brauchen stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene einerseits und andererseits Angebote vor Ort bei Mittagessen, Nachhilfe, Sport, und Kultur, die beispielsweise in Ganztagsschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe. Alle werden bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag nicht ausgefüllt wurde. Das BuT wird derzeit gerade von denen nicht in Anspruch genommen, die es am nötigsten bräuchten. Das wollen wir ändern. Eine Aufgabe, bei der sowohl die Länder als auch der Bund in der Verantwortung sind.

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist Prävention das entscheidendste Mittel. Die Logik der Kosten-Leistungs-Rechnung des Berliner Haushalts ist damit jedoch schwer in Einklang zu bringen. Damit die Bezirke hier handlungsfähiger werden und flexibler auf die Bedarfe vor Ort reagieren können, haben wir uns im Rahmen der Doppelhaushaltsverhandlungen für ein so genanntes Flexibudget für die Bezirke eingesetzt. Damit soll für Familien, Kinder und Jugendliche in besonderen oder belastenden Lebenslagen ein frühzeitiger Zugang zu gezielten, bedarfsgerechten sozialräumlichen Angeboten im Rahmen von Jugendsozialarbeit, Förderung der

Erziehung und Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Umgangsrecht ermöglicht werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Wir wollen damit die bezirkliche Steuerung und die sozialräumliche Infrastruktur durch die Bereitstellung von zusätzlichen zweckbezogenen Mitteln für frühe Ansätze im Vorfeld der Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung stärken.

Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen Notsituation muss es also oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben kann, ist dafür unerlässlich. Deshalb ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten Entwurf für ein Vergabegesetz auf einen angemessenen Mindestlohn achten. Aber auch die Arbeitswelt muss strukturell Wege aus der Armut unterstützen. Dafür muss es möglich sein, dass Eltern eine Ausbildung in Teilzeit machen oder, wenn sie bereits in einem Arbeitsverhältnis sind, für begrenzte Zeit in Teilzeit gehen und anschließend ein Rückkehrrecht zu einer Vollzeitbeschäftigung haben. Wir erwarten hier von der Berliner Verwaltung, dass sie eine Vorbildfunktion bei der Teilzeitausbildung einnimmt und entsprechende Möglichkeiten offensiv bewirbt.

Rahmenbedingungen verändern

In Berlin gibt es aber auch viele Eltern, die gern (mehr) arbeiten würden, aber keine zuverlässige Betreuung für ihre Kinder haben und es deshalb nicht schaffen, aus der Armut heraus zu kommen. Deshalb kämpfen wir für ausreichend Kitaplätze und dafür, dass Eltern bei der Auswahl einer Kindertagesbetreuung auch tatsächlich wieder eine Wahl haben. Alle Träger brauchen bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von Erbbaupachtverträgen Unterstützung und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm. In Zusammenarbeit mit IHK und HWK und insbesondere den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebskitas voranbringen.

Bildungs- und Betreuungsangebote müssen zudem den tatsächlichen Bedarf der Familien abdecken. Eltern, die beispielsweise im Schichtdienst bis 20 Uhr arbeiten müssen, nützt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig. Hier gilt es, passende Angebote zu schaffen, die am Kindeswohl orientiert sind. Verlängerte Kita-Öffnungszeiten sind dabei zwar ein Baustein, können aber nicht alle Bedarfe abdecken. Berlin hat mit dem MoKiS (Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) eigentlich ein großartiges Angebot für Eltern, die außerhalb von Kita-Öffnungszeiten arbeiten müssen. Das Angebot ist aber zum einen zu unbekannt und zum anderen sind die Hürden, tatsächlich auf diesem Weg an eine Betreuung zu kommen, viel zu hoch. Hier wollen wir ansetzen und den MoKiS bekannter machen, aber vor allem leichter zugänglich.

Viele Familien leben über Generationen hinweg in Armut – um diesen Kreislauf zu durchbrechen, braucht es auch eine langfristige Strategie. Dabei ist ein wichtiger Hebel eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern dieselben Chancen bietet. Dafür haben wir zuletzt 2018 in unserem Beschluss „Schule fürs Leben: Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote in Berlin muss endlich in den Griff bekommen werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden – längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei Hausaufgaben sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.

Aber um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Gerade junge Mütter und Väter dürfen sich in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen fühlen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt

haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den Weg gebracht. Die Idee dahinter: Krisen verhindern, bevor sie entstehen. Babylots*innen informieren Schwangere und ihre Partner*innen über Unterstützungsmöglichkeiten nach der Geburt. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

Finanzielle Armut in einer Familie bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder diese gar vernachlässigen. Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in vielen Fällen auch zu Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder Suchterkrankungen. Gerade in solchen Situationen brauchen Familien gezielte Unterstützung. Wir haben uns deshalb in den Beratungen zum Doppelhaushalt dafür eingesetzt, dass es für Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut durch die Schulzeit zu begleiten.

Darüber hinaus gibt es in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen können Kinder und Jugendliche sich frei entfalten und erfahren Unterstützung in ihrer individuellen Entwicklung. Abseits von Notendruck und elterlicher Aufsicht können sie sich hier ausprobieren und werden in ihren Interessen gefördert. Die Menschen, die hier mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen unbezahlbaren Beitrag für deren Entwicklung und zum sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. Genauso wichtig sind Familienzentren oder Nachbarschaftsheime, die Familien beraten und unterstützen. Viele der Familienzentren in Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldnerberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die Familienzentren befähigen, diese Beratungen weiter zu bieten und – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – sich weiter hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur Bewerbungsberatung, erfahren.

Wer will, dass Familien gut unterstützt werden können, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die daran arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch. Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderen Menschen, die in diesen Zusammenhängen arbeiten, sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Kostenblätter, nach denen freie Träger bezahlt werden, endlich so angepasst werden, dass Kostensteigerungen, die durch alterndes und damit in Tarifstufen aufsteigendes und deshalb „teurer“ werdendes Personal entstehen, mit abgedeckt sind. Es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter*innen in dem Moment, in dem sie eine Erfahrungsstufe nach oben rutschen, ihre Arbeitsstunden reduzieren müssen, damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Außerdem stellt die Tatsache, dass viele Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Familienzentren und Nachbarschaftsheime nur projektfinanziert sind, viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember, beziehungsweise teilweise sogar im Januar und Februar noch nicht weiß, ob er für das kommende (oder bereits laufende) Jahr noch eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der Kinder, mit denen er*sie arbeitet, konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien immer auch Beziehungsarbeit ist, die nur langfristig funktionieren kann, wollen wir mehr Einrichtungen langfristig finanzieren. Dass die rot-rot-grüne Koalition ein so gut laufendes Projekt wie die Stadtteilmütter endlich in eine längerfristige Finanzierung überführt hat, ist deshalb ein guter Schritt! Und die Stadtteilmütter zeigen auch:

Aufsuchende, begleitende Eltern- und Familienarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg. Es bleibt daher unser Ziel, mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter Familien unabhängig von ihrer Herkunft zu unterstützen. Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages hier auf Kosten der Stadtteilmütter und der betroffenen Familien Zeit lässt.

Wir wollen die aufsuchende Familienarbeit wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach §16 des Achten Sozialgesetzbuches der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie vorgesehen sind, müssen rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden. Das Angebot muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und mit qualitativen sowie quantitativen Fachstandards verbindlich abgesichert werden. Dafür wollen wir mit der rot-rot-grünen Koalition noch in dieser Wahlperiode ein Familienfördergesetz erlassen. Wir erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass ein entsprechender Entwurf so rechtzeitig vorgelegt wird, dass er noch 2020 beschlossen werden kann.

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein Problem – aber gerade für Familien, die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem gewohnten Umfeld verdrängt. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos, weil sie zwangsgeräumt wurden. Sie leben oft in Unterkünften, die nicht an die Bedarfe von Kindern angepasst sind: Familien teilen sich meist ein Zimmer, so dass es keine Rückzugsmöglichkeiten oder Raum für Entfaltung für die Kinder gibt. Berlin hatte als erste Stadt in Deutschland eine Notunterkunft für wohnungslose Familien. Allein, dass eine solche Einrichtung nötig ist, ist beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich keine Familien geräumt werden und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.

Wir kämpfen außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür wollen wir den Bau neuer Wohnungen beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein. Unsere grünen Stadträt*innen schaffen deshalb immer mehr Milieuschutzgebiete und ziehen immer häufiger das Vorkaufsrecht oder sichern durch Abwendungsvereinbarungen bezahlbaren Wohnraum. Und der von der rot-rot-grünen Regierung in Berlin beschlossene Mietendeckel ist ein wichtiger Schritt zur Eindämmung der Mietenexplosion. Auch die von uns etablierte Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt hilft vielen Familien im Sozialleistungsbezug, da viele Vermieter*innen Familien im Leistungsbezug bei der Wohnungsvergabe benachteiligen. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass gemeinwohlorientiere Bauträger*innen wie Genossenschaften und Stiftungen gefördert werden. Wir wollen einen höheren Anteil an Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.

Mit Grün: gute Startchancen für alle Kinder

Um Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene, das Familien sowohl finanziell entlastet als auch durch veränderte Rahmenbedingungen in Verwaltung, Arbeitswelt, Schule und Kita unterstützt, ausreichend bezahlbaren Wohnraum, Beratungsangebote und Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stellen sich dieser Herausforderung – denn für uns ist klar: Kein Kind darf aufgrund seines familiären Hintergrunds benachteiligt sein; wir kämpfen weiter dafür, dass alle Kinder gute Startchancen ins Leben haben!